

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Sonnabend, den 2. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

## Das Ergebnis von Amsterdam.

**Amsterdam, 2. April.** (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Unter Ausschuh der Zweiten Internationale tagte Donnerstagabend und Freitag vormittag zur Redigierung einer Kundgebung der Amsterdamer Konferenz über die Reparationen. Es standen einander zwei Legie gegenüber, ein deutscher und ein belgischer, die sich im wesentlichen ähnelten. Die Einigung wurde reibungslos erzielt, wobei zumest die deutsche Fassung angenommen wurde. Die Plenarsitzung genehmigte den Entwurf debattiert, darauf wurde die Konferenz geschlossen.

Inzwischen war von der Gewerkschaftssekretion die Einbindung an die Exekutiven

### zu gemeinsamer Aussprache

auf Freitag 4 Uhr ergangen. Von der Zweiten wurde die Einladung selbstverständlich angenommen und ihre Exekutiv erschienen pünktlich, während Zweieinhalb zuerst gar nicht geantwortet hatte. Es erfolgte zunächst eine Aussprache zwischen der Zweiten Internationale und den Gewerkschaften in Erwartung von Zweieinhalb. Diese erschien sodann gegen sechs Uhr, darunter Ledebour, sie verlangte ausschließlich eine Aussprache mit der Gewerkschaftssekretion, lehnte jedoch, entsprechend ihrem Wiener Beschlusse, eine gemeinsame Tagung zu. Dieser Antrag wurde von den Gewerkschaftlern glatt zurückgewiesen. Inzwischen war es 7 Uhr geworden. Nachdem drei Stunden verloren gegangen waren und die Bereitwilligkeit zur Zusammenfassung aller internationalen Kräfte zur Lösung des Problems genügend bewiesen war, verabschiedete sich das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale. Namentlich die Engländer Henderson, Tom Shaw und Macdonald, die wegen des britischen Großkreuzes rasch heimkehren mußten, machten aus ihrer Empörung über das englische Verhalten der Ledebour und Genossen kein Hehl.

Bei der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und Zweieinhalb hatte der Vorsitzende der internationalen Gewerkschaftssekretion ironisch festgestellt, daß er zugleich Schachmeister der Exekutiv der Zweiten Internationale sei und daß die Zweieinhalb offenbar darauf brannten, mit ihm in seiner ersten Eigenschaft zusammenzutreffen, ihm jedoch in seiner zweiten Eigenschaft konstatieren.

### Die Amsterdamer Entschliessung.

Die Entschliessung der Zweiten Internationale hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz des Exekutivkomitees der Internationale und der parlamentarischen Fraktionen der beteiligten Länder ist infolge des Scheiterns der Londoner Verhandlungen und seiner Folgen zusammengetreten. Sie nimmt Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten Reparationsforderungen zu übernehmen. Die Sozialisten der alliierten Länder erkennen an, daß diese

### Reparationspflicht begrenzt

wird durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Sie darf nicht dahin führen, daß das Land vernichtet, sein wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau unmöglich gemacht und seine Arbeiterklasse zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt wird. Umfang, Art und Weise der Entschädigung müssen durch Vereinbarung der Beteiligten festgelegt werden. Zwangsmassnahmen würden niemals zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Anstatt die Suche der Reparation zu fördern, verlängert die Aufstellung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Kapitalismus, neue Kräfte zu sammeln, den Kopf unter den Bülkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Konferenz stellt fest, daß das Scheitern der Verhandlungen in London

### das Werk der kapitalistischen Mächte ist.

Es ist ebenso wenig vermögen, den Frieden zu sichern, wie sie es vermöchten, den Krieg zu verhindern. Sie erklärt, daß im Gegensatz hierzu auf der von den internationalen Arbeiterkongressen festgelegten Grundlage eine praktische Lösung gefunden werden muß, die geeignet ist, wieder normale Zustände herbeizuführen und die materiellen und moralischen Folgen des Krieges zu beseitigen. Die Arbeiterklasse ist durch ihre nicht von kapitalistischen Interessen beeinflussten, nicht chauvinistischen, sondern internationalen Anschauungen dazu berufen, mit aller Kraft die Verhandlungen in fruchtbarere Bahnen zu lenken, insbesondere unter Anwendung des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei Fragen, über die eine Uebereinstimmung sich nicht ermittelnden. Die Konferenz beschließt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Annahme ihrer Beschlüsse durch die Regierungen hinzuwirken.

Die Konferenz hat die konkreten Bedingungen einer gerechten Reparation einer Prüfung unterzogen und ist in bezug auf folgende Punkte zu voller Uebereinstimmung gelangt:

### I.

Es ist erforderlich, daß die zerstörten Gebiete so schnell wie möglich den vollen Anteil an der Entschädigung erhalten, ohne den ihr wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau gefährdet würde. Um die erforderlichen Summen auszubringen, müssen im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große internationale Anleihen

### internationale Anleihen

abgeschlossen und durch 30 Annuitäten verblüßt werden, die Deutschland sich zu zahlen verpflichtet. Es liegt im Interesse der alliierten Länder, daß diese große Kreditoperation durch die Mitarbeit aller Nationen ermöglicht und erleichtert wird. Die Konferenz begrüßt es, daß die französischen und die deutschen Bauarbeiter unter Leitung

des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes in Gemüß des Zusammenarbeiten deutscher und französischer Arbeitskräfte

am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete organisieren wollen, um dadurch im besonderen die private Bereicherung kapitalistischer Kreise der beteiligten Länder auf Kosten der notleidenden Völker auszuschalten. Die auf der Konferenz vertretenen Parteien verpflichten sich, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Schaffung großzügiger Wiederaufbaupläne im Wege stehen. Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollzieht, muß ein

### gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen

angewendet werden. Die von Deutschland zu vollziehenden Leistungen sind unter Mitwirkung der Gewerkschaften daraufhin zu prüfen, daß sie weder der Arbeiterschaft des liefernden noch des nehmenden Landes zum Nachteil gereichen.

### II.

Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich bereit ist, die deutschen Leistungen für die Reparation nach Maßgabe der bestehenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu erhöhen. Die Konferenz spricht die Ansicht aus, daß Entschädigungen, die über das für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Erforderliche hinausgehen, so festgesetzt werden können, daß dadurch sowohl die Zahlungen an die alliierten Länder wie die Sicherheit des deutschen Wirtschaftslebens gewährleistet werden. Sie müssen dem jeweiligen Stande der deutschen Prosperität entsprechen. In diesem Zwecke sollte keine Anstrengung gescheit werden, um die normalen Produktions- und Austauschbedingungen im internationalen Verkehr wiederherzustellen. Die deutsche Regierung sollte sich dann bereit erklären, ein

### festes Minimum an Jahresraten

zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepaßt wird. Diese feststehende Rate sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen. Die Konferenz fordert die Organisations der Arbeiterklasse und die parlamentarischen Fraktionen auf, zu prüfen, wie das verwirklicht werden kann.

### III.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Streitfall, der zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung entstanden ist in bezug auf

1. den Wert der Vorleistungen, welche Deutschland gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages bereits abgeliefert hat, und
2. die Beiträge, welche Deutschland für die gesamte Entschädigung zu bezahlen imstande ist.

Sie gibt ihrer Meinung entschieden dahin Ausdruck, daß solche Streitfragen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden sollten, welche der Völkerbund oder eine andere für beide Seiten annehmbare Instanz einsetzt. Sie fordert die Organe der Arbeiterklasse und die parlamentarischen Fraktionen der beteiligten Länder auf, ihre Regierungen davon zu überzeugen, daß Streitigkeiten über Lastragen sowie über rechtliche und verfassungsmäßige Verpflichtungen einer ähnlichen Instanz zur Entscheidung überwiesen werden sollten, wie diejenigen, welche angerufen wird, wenn Streitfragen zwischen einzelnen Personen entstehen. Es ist äußerst wichtig, daß internationale Angelegenheiten wieder nicht nur im Geiste der Gerechtigkeit, sondern auch in einem der Gerechtigkeit entsprechenden Verfahren verhandelt werden.

### Der Völkerbund,

in den Deutschland ausgenommen werden sollte, würde seine Aufgabe versehen und die Hoffnungen, die die Demokratie der Welt auf seine Entfaltung setzt, enttäuschen, falls er sich der Lösung des Finanzproblems nicht zuwendet, die die Voraussetzung des Friedens bildet. Dasselbe gilt für das Problem der Arbeit und der Sachleistungen, bei dessen Lösung das internationale Arbeitsamt eine bedeutende Rolle zu spielen berufen ist.

### IV.

Aber das Proletariat beschränkt sich nicht darauf, die Verwirklichung eines dauernden Friedens von der wachsenden Tätigkeit des Völkerbundes zu erwarten. Das Proletariat selber ist dazu berufen, durch seine Massenorganisationen die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen. Nachdem in der gegenwärtigen Zusammenkunft völlige Uebereinstimmung über die erwähnten wichtigen Punkte erzielt worden ist, wird das Exekutivkomitee der Internationale seine Studien und Verhandlungen fortführen, bis es in allen Einzelheiten eine Lösung im Geiste der Gerechtigkeit und internationalen Brüderlichkeit

erreicht hat, die imstande ist, die begeisterte Unterstützung aller Proletarier zu gewinnen.

### V.

Die Konferenz nimmt ferner Kenntnis von der Erklärung der holländischen Delegation, welche das Interesse der neutralen Länder an einer schnellen, friedlichen und dauerhaften Reparation feststellt. Die holländische Regierung und das holländische Parlament haben zu diesem Zweck schon Kredite und Anleihen bewilligt. Sollten es die Umstände erfordern, in dieser Richtung noch weiterzugehen, so wird die holländische Partei gern die Initiative ergreifen, um den Parteien der anderen neutralen Länder Richtlinien für eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen. Die Delegation weist darauf hin, daß die Intervention der neutralen Länder in dem Maße an Bedeutung gewinnen kann, wie die Befriedigung der Rüstungen energischer durchgeführt wird. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der parlamentarischen Fraktionen aller Länder auf diesen Punkt.

## Wer hat versagt?

Eine maßlose Hehe wird in der Presse der Rechten gegen den preußischen Minister des Innern Genossen Seegering und den Oberpräsidenten Genossen Hüring betrieben, weil sie angeblich nur ungenügende Maßnahmen zur Unterdrückung der Unruhen in Mitteldeutschland getroffen hätten und weil sie nicht der Reichswehr ihre Niederwerfung überlassen haben.

Aus Merseburg werden uns dazu Mitteilungen gemacht, die das Verhalten der Reichswehr in etwas merkwürdigem Licht erscheinen lassen. Man muß annehmen, daß entweder der bürokratische Apparat des Reichswehrministeriums infolge seiner Ueberfülle schwerfällig und zu raschem und tatkräftigem Handeln unfähig geworden ist, oder aber daß böser Wille von irgendeiner Seite das Ziel verfolgte, den preußischen Behörden die Sache nicht zu leicht zu machen. Vielleicht sah man es in manchen Kreisen doch nicht gerne, daß tatsächlich die Schutzpolizei allein die Aktion durchführe, vielleicht war irgendwo der Wunsch vorhanden, die Schwierigkeiten so groß werden zu lassen, daß die preußische Regierung mit ihren Polizeikräften allein der Bewegung nicht mehr Herr werden konnte, um so der Reichswehr wieder einmal eine Gelegenheit zu schaffen, ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, gleichzeitig aber auch die politischen Geschäfte der Rechtsparteien zu besorgen, indem man den „Beweis“ für die Unfähigkeit der jetzigen preußischen Regierung zu erbringen versuchte.

Zu solchen Ueberlegungen muß man kommen, wenn man auf die Art und Weise zurückblickt, wie sich die Reichswehr während der Unruhen verhalten hat. Reichsregierung und Preußenkabinett waren übereingekommen, in Mitteldeutschland nur Polizei zu verwenden, die Reichswehr aber zur Rückendeckung bereitzustellen. Am Sonnabend vor Ostern war das Ersuchen ergangen, Reichswehr nach einigen Orten zu legen, so nach Bitterfeld, Sangerhausen, Aschersleben, Delitzsch, Raumburg und Dessau. Erst nach 24 Stunden kam eine Zusage, und noch zweimal 24 Stunden brauchte die Reichswehr allein zum Aufmarsch.

Raum war die Reichswehr in ihren Bereitschafts- und Sammelstellen eingerückt, da teilten die Kommandeure auch schon den Zivilbehörden mit, daß die öffentliche Gewalt an die Militärbehörden übergegangen sei. Die preußische Regierung wurde also ausgelastet. Das ist nicht nur eine Brüstierung der preußischen Regierung, die ausdrücklich die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes selbst in den gefährdeten Bezirken abgelehnt hatte, sondern auch eine Banterotterklärung der Reichswehr selbst; denn die Schutzpolizei war im ganzen Aufstandsgebiet ohne diese äußerste Maßnahme ausgekommen.

Einigermaßen unverständlich ist auch das Verhalten der Reichswehr in den wenigen Fällen, in denen ihre direkte Hilfe zur Entlastung der übermäßig angestregten Schutzpolizei erbeten wurde. Der württembergische Panzerzug z. B. war bei Sangerhausen von den Aufständischen eingeschlossen. An die Reichswehrtommandostelle in Kassel wurde das Ersuchen gerichtet, so schnell als nur möglich einige von den bereitgestellten Kompagnien Reichswehr zum Entsatz des Panzerzuges zu entsenden. Nach 24 Stunden war die Reichswehr noch nicht erschienen, aber die Schutzpolizei von Kassel hatte — was der Reichswehr nicht möglich war — Entsatz gesandt.

Noch seltsamer ist der Fall Liebenwerda. Dort war die Lage am Mittwoch sehr bedrohlich geworden. Bersprengte Bataillone hatten ein Schützenregiment errichtet und durch „Standgerichte“ mehrere Personen zum Tode verurteilt. Schnelle Hilfe war geboten. Bereitwillig hatte General Stöckmann Reichswehr zugesagt, aber nach 24 Stunden Beschlus des Reichskabinetts auch nur einen Mann in Bewegung zu setzen. Alle Bemühungen des Generals waren vergeblich. Das Reichskabinett mußte tatsächlich erst einen entsprechenden feierlichen Beschlus fassen, bis endlich ein Bataillon die Erlaubnis erhielt, den bedrängten Bürgern von Liebenwerda zu Hilfe zu kommen.

Der Panzerzug aus Württemberg, der als Organ der Reichsregierung nach Mitteldeutschland entsandt wurde, hat übrigens auch eine recht merkwürdige Rolle gespielt. Irgendwelche Erfolge hat er nicht erzielt, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß er ohne Verbindung mit den operierenden Polizeibteilungen auf eigene Faust Krieg führte und mit schwarz-weiß-roter Kriegsflagge im Lande umherfuhr. Es hat schließlich recht scharf Auseinandersetzungen bedurft, bis der Panzerzug der allgemeinen Führung sich unterordnete.

Unter diesen Umständen muß es doppelt erfreulich erscheinen, daß es den Organen der Zivilgewalt gelungen ist, der Dinge in Mitteldeutschland allein Herr zu werden und daß ein Eingreifen der Reichswehr in größerem Umfang nicht notwendig wurde. Schaud an den mancherlei bedauerlichen Erscheinungen trägt offenbar die Verhefung, die von der

Rechtspresse in die Kreise der Reichswehrhelfer hineingetragen wird und die geringe Widerstandsfähigkeit vieler höherer Führer gegen diese parteipolitischen Einflüsse. Der Plan der Rechten ging offenbar dahin, den verbrecherischen Kommunistenputz zur Aufzucht einer Militärherrschaft auszunutzen, in deren Schatten sie sich immer wohler fühlte als im hellen Licht der Demokratie. Unsere im Amte befindlichen Parteigenossen haben sich um die Republik ein großes Verdienst erworben, indem sie durch Klugheit und Festigkeit die Pläne sowohl der äußersten Linken wie auch der äußersten Rechten zerschanden machten.

### Schrei nach Orgeß.

Die reaktionäre Presse nicht auch noch die letzten Todesurteile des kommunistischen Aufstandes für ihre Zwecke aus. Die zersprengte Rote Armee in Mitteldeutschland hat sich bekanntlich in kleine Bänder aufgelöst, die mehr und mehr das Aussehen reiner Verbrecherbanden annehmen und sich auch wohl weit mehr aus Verbrechern als aus Arbeitern rekrutieren.

Eine ganze Anzahl dieser Bänder ist schon, wie wir berichteten, unschädlich gemacht, zum Teil unter schweren blutigen Verlusten für sie. Einige ziehen noch umher, hart bedrängt von der sie verfolgenden Polizei. Gerade in der rechtsstehenden Presse finden wir sehr ausführliche Schilderungen darüber, wie diese Bänder reichlich mit zusammengekauften Führern ausgerüstet und daher sehr leicht beweglich sind. Trotzdem erhebt die gleiche Presse ein furchtbares Geschrei darüber, daß noch nicht die letzte Bande gefaßt wurde und schiebt dies auf die „unzureichenden Maßnahmen“ der preussischen Regierung. Man versucht jetzt auch durch einen Telegrammsturm Stimmung zu machen, an dessen Spitze der Reichslandbund steht. Von großer Rarität zeugt es, wenn z. B. die Arbeiterverbände des mitteldeutschen Bergbaues telegraphieren, daß Arbeiter und Angestellte das Eingreifen der Reichswehr verlangen! Arbeiter und Angestellte pflegen im allgemeinen ihre Wünsche durch ihre eigenen Verbände und nicht durch die Arbeitgeberverbände zu äußern.

Aber schon geht die reaktionäre Presse einen Schritt weiter. Reichswehr genügt auch nicht mehr, sondern sie verlangt Wiederherstellung der Orgeß in Preußen. Die Kommunisten, die mit dem Geschrei gegen die in Preußen gar nicht mehr existierende Orgeß zu Felde zogen, haben auch hier wieder wader für die Reaktion gearbeitet. Was diese aber beabsichtigt, das zeigt die Forderung der „Deutschen Tageszeitung“, die einen Selbstschuß namentlich in Pommern und Mecklenburg einzurichten wünscht, in zwei Ländern, die von dem Kommunistenaufstand auch nicht im mindesten berührt wurden. Die Reaktion möchte das Eisen schmieden, solange es heiß ist!

Zu den reaktionären Versuchen, die Schutzpolizei gegen die preussische Regierung aufzuheben, schreibt uns ein Oberwachmeister der Schutzpolizei:

„Uns Polizeibeamten ist es eine Genugtuung, daß die Regierung nur Schutzpolizei zur Bekämpfung des Aufstandes verwendet. Es hat sich hier erwiesen, daß die Schutzpolizei ihre Aufgaben gut gelöst hat, trotz des großen Geschreies von links und rechts. Wir von der Schutzpolizei sehen unsere vornehmste Aufgabe darin, einen Aufstand ohne viel Blutvergießen zu beseitigen, und wir freuen uns, daß die Regierung derselben Auffassung ist. Wir lassen uns nicht irreführen durch die Töne, die Herr Hufschung anschlägt, um uns gegen die Regierung aufzuheben. Denn wir wissen sehr genau, was diese Herren aus der Schutzpolizei machen wollen, aber, Gott sei Dank!, scheitern ihre Pläne an dem gesunden Sinn der unteren Beamten. Nicht umsonst hat die Nord-Süd-Kommission in München getagt (worüber wir seinerzeit berichteten. Red. d. „B.“), aber wir unteren Beamten haben die Hoffnung nicht abgegeben, daß Mi-

nister Severing und die Preussische Landesversammlung die Beschlüsse dieser Kommission von uns abwehren werden. Denn wenn sie Gesetz würden, dann wäre die Schutzpolizei Reichswehr zweiter Klasse und dagegen wehren wir uns mit allen Kräften. Unsere verfassungsmäßigen Beamtenrechte lassen wir uns nicht nehmen. Deswegen tun wir doch, wie jetzt wohl jeder gesehen hat, unsere volle Pflicht und schützen unter allen Umständen die verfassungsmäßige Regierung. Wie wir es jetzt gegen links tun, so werden wir es gegebenenfalls auch gegen rechts tun. Das mögen sich die Herren Kappisten genau merken. Wenn sie die Schutzpolizei gegen die verfassungsmäßige Regierung aufputschen wollen, so werden wir ihnen genau dieselbe Antwort geben, wie jetzt den Aposteln aus Moskau.

### Die Ermittlungen zum Fall Sylt.

Sokaltermin im Polizeipräsidium.

Zur Aufklärung der Erschießung des Kommunistenführers Sylt fand heute vormittag der vom Polizeipräsidenten Richter angeordnete Sokaltermin im Polizeipräsidium statt. Zu Beginn wies Regierungsrat Dr. Krüger darauf hin, daß die Zuweisung von Vertretern der Gewerkschaften und politischen Parteien in der Strafprozedur keine Begründung finde. Trotzdem habe der Präsident es zugelassen, um völlige Aufklärung zu schaffen. Nun habe aber auch der Ausschuss der Polizeibeamten Deutschlands das gleiche Verlangen der Zuweisung eines Vertreters gestellt. Deshalb war auch die Beamtenschaft vertreten. Ein Gewerkschaftsvertreter bemerkte dazu, daß es lediglich darauf ankomme, den Sachverhalt klarzustellen.

Der Sokaltermin brachte dem Bericht einer Berliner Korrespondenz zufolge eine Bestätigung der Angaben des Kriminalbeamten, der den tödlichen Schuß abgegeben hatte. Die Aussage eines Zeugen, der sich freiwillig gemeldet hatte, deckte sich vollständig mit der bei der ersten Meldung. Sylt und der Beamte kamen hier nach an dem Zeugen vorbei, als sie die Treppe hinaufgingen. Vor seinen Augen verfehlte Sylt dem Beamten einen so heftigen Stoß, daß er taumelte. Der Gestohlene rief dann den anderen, der die Treppe hinauf weiter lief, an und schloß hierauf. Die Kugel ging an dem Zeugen vorbei und traf den Fliehenden so schwer, daß er sofort zusammenbrach. Auf den Knall und die Schreie der Person des Gestohlenen eilten mehrere Leute, Beamte und andere Personen, herbei. Keiner von ihnen aber hat nach der bestimmten Bekundung des Zeugen den Verwundeten irgendwie mißhandelt. Das hat auch die Leichenbesichtigung bestätigt. Medizinrat Dr. Beppmann hat außer der Schußwunde keine Spur einer anderen Verletzung oder Einwirkung durch Gewalt gefunden. Der Schußkanal bestätigt die Darstellung des Hauptzeugen. Der Termin nahm längere Zeit in Anspruch.

Berlin, 2. April. (WZ.) Heute vormittag hat im Polizeipräsidium ein Sokaltermin in Angelegenheit der Sache Sylt stattgefunden. Hieran nahmen die Herren Vollmershaus von der Gewerkschaftskommission, Liebestind vom Ortsrat des Ufa-Bundes, der Betriebsrat Liedloff und die Mitglieder des Betriebsrats der Elektrizitätswerke Blank, Leh und Liebling, außerdem die Vertreter sämtlicher Beamtenschaft des Polizeipräsidiums teil. Die Feststellungen bestätigten das bisherige Ergebnis der Untersuchung in vollem Umfang und decken sich mit den darüber gemachten öffentlichen Veröffentlichungen.

Die Erregung der Arbeiterchaft über die Erschießung Sylts kommt in mehreren uns zugegangenen Resolutionen der Belegschaften großer Betriebe zum Ausdruck. Eine Betriebsversammlung des Borlig-Werkes erklärte sich bereit, jede Aktion zu unterstützen, die von den maßgebenden Instanzen angeordnet wird, um den Ansturm der Reaktion abzuwehren. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der UEG-Apparatfabriken schienen einstimmig eine Entschädigung, in der sie anlässlich der Erschießung Sylts zur Einigkeit des Proletariats auffordern und die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aufrufen, Maßnahmen zu treffen, um solche politischen Morde in Zukunft unmöglich zu machen.

In Alstedden herrscht völlige Ruhe. Gerüchte über Sprengung eines Landratsamtes haben sich nicht bestätigt. In Alstedden besteht überhaupt kein Landratsamt.

### Ernst Barlach: „Die echten Sedemunds“.

(Staatstheater.)

Der Stumpfsinn und die Gewöhnlichkeit des deutschen Theaters wurden um ein Geringes überwunden. Ernst Barlach, der ein bildender und redender Künstler zugleich ist, hat eine Zungenfertigkeit entwickelt, die von der Phantasie, der Gedankenwucht und dem feinsten Wort genährt wird. Die Kraft des Originals offenbarte sich. Sein Eigentum scheint ursprünglich nur die Absonderlichkeit und Ueberhebung vor der phillistrischen Kleinbürgerei. Er münzt nicht Strindberg'sche Formeln stiller Abrechnung in flache Gewohnheiten um. Er darf mindestens ein verstärkter Fortsetzer sein. Die Glaubigkeit, die er vertritt, steigert sich schließlich zur beträchtlichen Weltanschauung.

Eine Schnurre, ein Stetuk, ein romantisches Märchen, ein Fauststück, ein Scheerbartrummel, eine Strindberg'scherarbeit, alles das ist Barlachs Werk. Die Elemente, die es mischt, reihen ihn in eine wertvolle Gemeinschaft, ohne daß von seiner Natur Ederes verloren geht: Der Grundgedanke kam aus moralisierendem Trost. Euch allzuheftig der reinlichen Vernunft zu trauen. Ein Jernhuster könnte es sich einfallen lassen, das Gedankenreich zu entdecken, in dem allein die Gesundheit des Kopfes und des Herzens waltet. Wo entspringt wirklich ein Wahnsinniger. Er findet schnell den mithelfenden Kameraden, der ein unzufriedener Sohn ist. Sie geraten auf die Schützenwiese, wo Flohgrütze und Menagerie Walfahrtsstätten sind. Der Löwe aber legt sich in der Menagerie zum Sterben. Er wird abgehütet, von seinem Herrn im roten Frack beweint. Spricht der Gedankenplitter in des Jernhusters Gehirn, die gefunden Mitbrüder und -Schwestern zu narren, ihnen einzureden, die Wästenbestie sei nicht tot, Entsprungen sei sie nur. Entsprungen ist die Bestie, aufseht ist alles geheime Fühlen der so Aufgeschwungenen, enthält wird jede Herzenskammer der so in die Angst Gejagten. Hier spielen des Dichters schöpferische Phantasie und vor allem die Gnade seiner ausschweifenden Worte über den Biertrunk hinaus. Er entwirft eine unendliche Spielerei von feigen Hunden, von aufgeblassenen Halbhelden, von falschen Weibengeln, von pfälzischen Geden, von eigensüchtigen Ehefrauen. Aber siehe, er ist nicht nur ein Zeterer, er ist ein rechthabender Beobachter. Gut, zur Höllenfahrt ist all das entlarvte, klägliche Menschengefindel bereit, und es ist in jenem Augenblick, da es seine Blindheit, seinen ziellosen Instinkt hinausbrüllt, repräsentativ für das ganze Durchschnittsmenschengeschlecht. Theaterfiguren werden zu Symbolen. Das Auge hostet am Hanswurst, das Ohr ergötzt sich an der resvollierenden und stolzierenden Phrasen, der Kopf kann es sich nicht versagen weiterzugraben. Wie viele hundert Köpfelein ohne das erlösende Wort, wie viele nur kentöpplich gestaltende

Dilettanten haben gerade hinter dem Schützenwiesen- und Jahrmarschrummel die Welt gefaßt! Barlach entdeckt sie, obwohl sein Verstand mit den gesunden, schließlich siegreichen Wahrheiten am Ende allzu bewußt, allzu unmisslich die letzte Abrechnung hält.

Leopold Lehner und Emil Birchan, sein Raser, lassen dem Dichter zum Erfolg. Zunächst verlagte eine Realistin, die keinen guten Weg fand. Dann spulte es erfinderisch, und so ging es. Es wurde eine gezeigte Groteske, die aus Tönen und Lichtern, aus verworfenen Farben und zerbrochenen Rufen, aus dialektischer Buntheit und zusammenfallenden Einfällen Prächiges herausholte. Es war Geisterrei von heute, Andersdenkigkeit, die sich menschlich gab und doch ganz übermenschlich wirkte. Schauspieler wie Korner, Räbel, Förster, Epistodenpieler wie Legal, Heinrich Witte, Fröh Hirsch u. a. wurden vom Regisseur gepakt. Sie waren nur Regisseure, sie durften nicht mehr Virtuosen sein. Man spielte zusammen und nicht mehr ins Blaue nebenher.

Ein Dichter wurde erweckt. Einige sträubten sich dagegen. Sie piffen nur mit geringem Mut. Max Hochdorf.

Kunstfälschungen. Der Schwindelgeist und die stiltliche Verwahrlosung, die so weite Kreise ergriffen hat, mußte sich auch auf dem Gebiet der Kunstfälschungen bemerkbar machen. Von einer wahren „Sturmflut von Fälschungen“ spricht der Direktor der Berliner Münzsammlung, Renabier, in einem Aufsatz des „Sammlers“, in dem er die Fälschungen von Münzen und Medaillen in den letzten Jahren behandelt. Den Ausgang nahm diese Ueberchwemmung von einer im Juni 1920 veranstalteten Versteigerung deutscher Realisationsmedaillen in München. Es handelte sich dabei zum Teil um außerordentliche Seltenheiten, die nur in vereinzelt Exemplaren bekannt waren; es waren durchweg tabellose, jeden Sammler feststehende Stücke. „Offenbar lag in ihnen das Ergebnis der Zusammenarbeit eines kennnisreichen Sammlers und eines überaus geschickten Künstlers oder Kunsthandwerkers vor, das endliche Ergebnis langjähriger Versuch, zu gehen und zu färben.“ Eine zweite Sturzweile gleichartiger Fälschungen übertraf dann auf einer weiteren Münchener Versteigerung, bei der sogar die Gewähr der Echtheit übernommen war. „Die Kunde von solchen Fälschungen übernahm sich immer mehr. So wurde Renabiers Bestand vom Münchener Münzkabinett angerufen wegen einer dort vorgelegten, geradezu erstaunlichen Fälschung nach einem berühmten Unikum der Berliner Sammlung, der Bronzemedaille mit dem Bildnis der Lucretia Borgia.“ Da die Fälschung nur durch Benutzung der Originale möglich ist, muß die Feststellung ihrer Urheber möglich sein.

Tranon-Theater: „Rosen“, von Sudermann. Der Sudermann'sche Einakter-„Johannes“, der seinen Titel nur dem zufälligen Umstand verdankt, daß in jedem Stück Rollen auf die Bühne kommen, hatte bei sehr guter Darstellung starken Erfolg. Der Beifall war im allgemeinen wohl verdient. Das eigenartige, besonders heute so seltene Talent bühnenmäßig geschickter Szenenführung, die zwar hier und da ins Konstruierte fällt, aber durch schlagartige Beleuchtung das

### Treffende Kritik.

Aus Kreisen demokratischer Landtagsabgeordneter erzählt die „Dena“ zur Entwarnung:

Herr v. Kahr hat es offenbar verhindert, daß der Vizetanzler Dr. Heinz bei seiner Anwesenheit in München das von der gesamten Reichsregierung gewünschte Gehör vor dem bayerischen Ministerrat gefunden hat. Der Ministerpräsident hat die von der Reichsregierung pflichtgemäß eingeleiteten Verhandlungen hintertrieben und hat ohne Ministerratsbeschluss auch ohne Besprechungen mit den Koalitionsparteien in einer für Deutschlands und Bayerns Schicksal überaus schwierigen Frage rein persönlich in der Öffentlichkeit Stellung genommen. Auch wenn man zugibt, daß die Vorgänge in Mitteldeutschland Veranlassung geben, die ganze Entwarnungsfrage erneut zu prüfen und vielleicht nochmals einen letzten Versuch bei der Entente zu machen oder auch Mittel zu finden, um zu einem für beide Teile erträglichen Ausgleich zu kommen, wird man die Methode, mit der der leitenden bayerische Staatsmann verfahren ist, als unzumutbar und bedenklich ansehen müssen. Es geht einfach nicht an, daß man den deutschen Vizetanzler, der mit einem einmütigen Auftrag des Reichskabinetts nach München kommt, die Tür weist. Kamentlich muß die Tonart der bayerischen Presse über den Besuch Dr. Heinz zu dem Schluss führen, daß man in München einer deplazierten und durch nichts begründeten Feindseligkeit gegen das Reich sich hingibt.

Die Kritik, die hier von bayerischen Demokraten an den Methoden des Herrn v. Kahr geübt wird, ist scharf, aber berechtigt. Es wäre dringend zu wünschen, daß die demokratische Landtagsfraktion Bayern sich diese Auffassung einiger ihrer Mitglieder einmütig zu eigen machen würde. In der letzten Zeit mehren sich die Stimmen aus Bayern, aus denen man darauf schließen kann, daß es mit der Selbstherrlichkeit Kahrs bald zu Ende ist. Hoffentlich fallen die Demokraten nicht wieder um; ein wenig günstiges Licht wirft folgende Meldung auf sie:

Wie die II. aus München erfährt, hat die demokratische Landtagsfraktion bei der Regierung Schritte unternommen, sie möge die Reichsregierung ersuchen, die Entwarnungsbestimmungen über die Selbstschuttsorganisationen mit Rücksicht auf die Unruhen in Mitteldeutschland und die Bedrohungen bis auf weiteres außer Kraft setzen, mindestens aber die Termine für die Entwarnung entsprechend hinausschieben.

### Abzug mit Rückendeckung.

Halle a. S., 2. April. (Eig. Drahtbericht des „Borm.“) In den gestrigen Abendstunden wurde in Halle folgendes Flugblatt verbreitet:

**Achtung! Der Generalkreis ist aufgehoben!**

Die Vorstände der halleischen Gewerkschaften haben die Aufhebung des Generalkreises beschlossen. Wir fordern die halleische Arbeiterchaft auf, am Sonnabend, den 2. April, die Arbeit aufzunehmen. Sollten die Unternehmer Maßnahmen vornehmen, so ist das sofort den zuständigen Gewerkschaftsvorständen mitzuteilen.

Das Gewerkschaftsartikl. S. A.: Weyer.

Das Flugblatt wurde 24 Stunden nach der in der kommunistischen Versammlung erfolgten Beschlußfassung, in einen verstärkten Generalkreis einzutreten, herausgegeben. Ursache dazu war, daß die Streikparole von der halleischen Arbeiterchaft nicht befolgt worden ist. Um nicht offenkundig werden zu lassen, daß der KPD die Führung völlig entglitten ist, werden die Gewerkschaftsvorstände vorgeführt. Das kommunistische Gewerkschaftsartikl. Weyer besteht zu Unrecht. In Halle gibt es nur ein vom ADGB eingesehtes kommissarisches Gewerkschaftsartikl.

Stimmungsumschwung in „Klein-Moskau“.

Erfeld, 2. April. (Eig. Drahtbericht des „Borm.“) Der Remscheider Fabrikantenverein hat infolge des verunglückten Generalkreises 1200 Mann ausgeperrt. Die kommunistisch orientierte Drisgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes wandte sich an den Vorständen des Schlichtungsausschusses, der aber versprach erst dann einzugreifen, wenn die Verhandlungen mit dem Fabrikantenverein stattgefunden haben. Sonst herrscht in der Do-

Interesse wachzuhalten weiß, verleugnet sich auch hier nicht. Ja, Sudermann scheint hier entschieden glücklicher als in so manchen seiner früheren Dramen. Die Emalierform, die keinen Spielraum für ausgesponnene Kombinationen in der Handlung frei läßt, kommt ihm zugute.

Das erste Stückchen bringt in effektvoll pointierter Aufmachung eine Skizze jenes auch sonst von ihm öfters gezeichneten Raderippus aus der höheren Löhnerwelt von Berlin W. Das Fräulein, das von einem Wüstling verführt wurde und von einer nachträglichen Rehabilitation nichts wissen will, wird von der Frau Roma einem Hausfreund und Rechtsanwalt zugeführt, damit er ihr den Kopf zurechtlebe. Margot will sich den Mann erobern. Da er ihre Vergangenheit doch kennt, entschließt sie sich zu einer rückhaltlosen Brüche. Sie schildert den Abscheu vor dem Werber, die Kämpfe ihrer Stimmlichkeit. Als er endlich erregt berauscht sie in die Arme zieht, jubelt sie auf: wenn er ihr Liebster werde, dann sei sie bereit, auch den Verhöhnern als Gatten anzunehmen. Ihre künstlich gezeigte Verwerflichkeit hat jeden Funken der Scham in ihr erloscht. Fühlungslos schaut er sie an; die Glorie, die er um sie wach, ist verfliegen. Aber die Leidenschaft siegt über die Vernunft, trotz allem bietet er ihr seine Hand.

Die Witwewe, die in dem zweiten Stückchen, um ihre Briefe zurückzuverlangen, das Haus des Mannes aufsucht, der im Duell für sie fiel, und dabei mit dem Freunde des Verstorbenen die Rollen vertauscht, ist ein charakteristisches Pendant zu jenem Mädchen. Auch diese Szenen sind in ihrem Aufbau mit sicherem Augenmaß durchgeführt, lassen zu geschloffenem Eindruck sich zusammenfügen.

„Hüter der Scholle“, das sich um eine ähnliche nur kurz ins Pathologische farrirte Frauengestalt gruppiert, fällt allerdings stark ab, der unverständer ältliche Trid, den diese Dame ihren Verehrern gegenüber ausspielt, ermüdet auf der Bühne, und die Figur des Gatten bleibt allzu unbestimmt.

Um so erfreulicher wirkte das humoristisch stimmungsvolle Schlußbild „Die ferne Prinzessin“. Der naive gemüthliche, romantische von der blauen Blume einer unerreichbaren Liebe schwärmende Lehramtskandidat fand in Herrn Wilhelm Bende höchst lebendige Verkörperung. Eine ebenbürtige Partnerin fand ihm in Carola Taellies Prinzessin gegenüber. In den anderen Stücken machten sich namentlich Käthe Haack (Margot) und Olga Limburg (die Witwewe) um den Erfolg verdient.

Gründungsabende der Woche. Di. Deutsches Theater: „Wohlgel.“ - Fr. Neues Volkst.: „Rosa Bernd“. - Sonnab. Volkst.: „Anigone“.

Iranische Vorträge. Sonntag: „Kopten und der Nil“. Montag, Donnerstag: „Im Schwarzwald“. Dienstag: „Spanien“. Mittwoch spricht Ingenieur S. Keller über „Schutz gegen Einbruch und Diebstahl“. Freitag: Geh. A. Groh, „Dinter den Kulissen des Fernverkehrs“. Sonnabend: „Von San Remo nach Aigen“. Samstag: Montag: „Von der Jagd zum Baymen“. Dienstag: „Der Grogglöcherer“ um zu kleinen Beiden.

Das Frankfurter Goethe-Museum in Gefahr. Die schlechten finanziellen Verhältnisse, in denen sich das Goethe-Museum befindet, werden jetzt offiziell bekannt. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates veröffentlicht einen Aufruf, um Mitglieder des Freien deutschen Hochschuls zu werben.

mäne des Abg. Prof. Adolphe Ruy. Die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen die Kommunisten ist allgemein und man legt sich keinerlei Zwang auf, diese zum Ausdruck zu bringen. In einer Versammlung wurde von der Arbeiterschaft erklärt, die Führer hätten zum Streik geheißen, obwohl sie von der Ausschloßlosigkeit überzeugt waren. Dieser Stimmungsumschwung hat in „Klein-Roskau“, wo der Kommunistenführer Ruy bisher ausschlaggebend war, viel zu bedeuten.

Duisburg, 2. April. (Fig. Drahtbericht des „Vorm.“) Die belgische Besatzung ist gegen die Kommunisten, die die linksrheinischen Schächte zum Teil besetzt hatten, vorgegangen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Schächte sind heute frei. Die Arbeit wird in vollem Umfange wieder aufgenommen. Wie hier bekannt wird, sind die vor einigen Tagen auf Schacht 5 der Zeche „Rheinpreußen“ verhafteten Kommunisten zu einem Jahr Zwangsarbeit von den Besatzungsbehörden verurteilt worden. Dr. Gabriel, Führer der Kommunisten und früherer Redakteur eines deutschnationalen Blattes, ist von den Belgiern in Haft genommen. Er war der Führer der Aktion im linksrheinischen Kohlengebiet.

#### Folgen.

Die Deunamerke veröffentlichte eine längere Erklärung, in der eine Darstellung der Ereignisse auf dem Werk gegeben und schließlich betont wird, daß die Wiederaufnahme des Betriebes wegen der Ausführung der Bau- und Montagearbeiten bis auf weiteres nicht möglich ist und die gesamte Arbeiterschaft sich durch den Eintritt in den Streik als entlassen zu betrachten hat.

#### Zwischenfall in Dresden.

Dresden, 2. April. (M.) Am Freitag kam es in der zehnten Abendstunde am Ring und Sestraßenecke zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Sicherheitspolizei. Ungefähr 500 kommunistische Umzügler zogen durch die Straßen und rissen vom Bismarckdenkmal die Kränze herunter. Die heranrückende Hundertschaft der Sipo und die Gendarmen wurden mit Hieben, Pfeifen und Schimpfwörtern empfangen. Der mehrmaligen Aufforderung auseinanderzugehen, wurde keine Folge geleistet. Erst als Feuer gegeben wurde, floh die Menge auseinander. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

München, 2. April. (M.Z.) Die Polizei verhaftete als Hersteller des Generalkriegsgerichts der Kommunisten in München den 26-jährigen nicht immatrikulierten Studenten Hans Gustav Schiff aus Berlin. In seinem Besitz wurde eine Menge Propagandamaterial gefunden.

Heute nacht wurden in der Schwabinger Brauerei in München Handgranaten geworfen. Es wurde niemand verletzt, doch zerprangen zahlreiche Fensterscheiben. Die Brauerei wurde von einem Schutzmansausgang abgesperrt. Bemerkenswert ist, daß zur Zeit des Attentats der republikanische Reichsbund in der Brauerei eine Versammlung abhielt.

#### Abgewiesen und abgelehnt.

Paris, 2. April. (E.) Briand hat dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris unter dem 29. März geschrieben, daß die Frage der Werkstätten in Deutschland, die künftighin Kriegsmaterial herzustellen befaßt sein sollen, durch die Entschädigung des Obersten Rates vom 23. Januar ihre endgültige Erledigung gefunden hat, und daß die alliierten Mächte keinerlei neue Erörterungen in dieser Richtung gestatten können.

Der Entschädigungsausschuß hat die deutschen Einwände gegen die Gesamtsumme der Pensionszahlungen abgelehnt. Es müßten also auch noch folgende Zahlungen geleistet werden: Die Kosten für die Medikamente und chirurgischen Apparate, für Prothesen, für den Unterhalt des Bureaus der Kriegsschädigten und der Kriegsunfähigen, für Unterhalt der Waisen und der Hilflosigkeit für die Familien und Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

#### Karl muß bürgen.

Bern, 1. April. (M.Z.) Der Bundesrat hat beschlossen, Karl vorläufig in Kautschuk in der Schweiz zu bewilligen. Er wird sich jedoch nicht nur wie früher verpflichten müssen, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten, sondern er wird, wie seinerzeit Konstantin von Griechenland, das formelle Versprechen abgeben müssen, die Schweiz unter keinen Umständen zu verlassen, ohne vorher den Bundesrat von einer solchen Absicht in Kenntnis gesetzt zu haben. Ob Erlasser Karl einer Internierung unterworfen werden wird, ist noch nicht bestimmt. Auch ist über seinen zukünftigen Aufenthaltsort in der Schweiz noch kein endgültiger Entscheid getroffen worden. Möglicherweise wird er nicht mehr nach Prag zurückkehren können. Hervorzuheben ist, daß die erneute Erlaubnis zum Aufenthalt nur provisorisch ist und in erster Linie mit Rücksicht auf das Gesuch der ungarischen Regierung gegeben wurde. Auch glaubt dadurch der Bundesrat dem Frieden in Europa zu dienen.

Wien, 2. April. (M.) In letzter Stunde ist eine Verschiebung eingetreten. Nach einer Meldung aus Budapest seien diplomatische Verhandlungen im Gange, da der Kaiser noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, sich als Privatmann in Ungarn niederlassen zu können, und diesen Wunsch den Entente-mächten unterbreiten ließ. Die Großdeutsche Partei hat die Beteiligung an Schutzmahregeln für Karl abgelehnt.

In der italienischen Kammer schloß Außenminister Sforza seine Anti-Karl-Rede mit den Worten, es sei hoffentlich zum letzten Male, daß Italien sich mit diesem Herrn beschäftigen müsse.

In Wiener Gemeinderat verurteilte Bürgermeister Gen. Rumann den Karl-Busch und stellte fest, daß die Wiener Bevölkerung an der Republik festhält. Die Christlichsozialen, denen diese Erklärung vorher mitgeteilt war, sind nach einer M.Z.-Meldung „nicht in die Lage gekommen“, dazu Stellung zu nehmen. In der gestrigen Sitzung des Nationalrats hatten auch die Christlichsozialen ihre Treue für die Republik erklärt. Die Sitzung schloß mit stürmischen Hochrufen der Abgeordneten und der Zuhörer auf die Republik. Die Sozialdemokratische Fraktion wird Strafsanktionen zu dem Gesetz über die Landesverweisung der Habsburger beantragen. Der Major Schaidle, der in Ungarn eine österreichische Putschtruppe führt, wurde beim Verwandtenbesuch in Niederösterreich verhaftet und wird wegen Hochverrats angeklagt werden.

#### Der Helfershelfer Horthy.

Paris, 2. April. (E.) Nach einer Londoner Meldung der „Chicago Tribune“ hält man (auch Red.) in englischen Kreisen nunmehr den Admiral Horthy für den Helfershelfer König Karls, wenn gleich er erklärt hat, nicht der Blahhalter König Karls, sondern der eines neu zu wählenden Königs zu sein. Es besteht jetzt keine Aussicht, daß England zur Wahl eines englischen Prinzen seine Zustimmung geben würde, viel wahrscheinlicher ist es, daß ein italienischer oder belgischer Prinz in Frage kommen dürfte.

Volksbegehren in Hamburg. Der Mieterverband Groß-Hamburg hat den Beschluß gefaßt, sich gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund und der Liga in Verbindung mit einer der maßgeblichen großen politischen Parteien zu setzen, um einen Antrag auf Volksbegehren für ein Gesetz über die Mietzinsbildung im hamburgischen Staats einzubringen. (M.)

## Groß-Berlin

### Der Telephontiger.

In der „Urania“ spricht Geheimrat Gröbe über die Geheimnisse des Telephons und behandelt dabei auch die kleinen Unarten der Teilnehmer in der launigen Weise, so daß der Besuch dieser Veranstaltungen angelegentlich empfohlen werden kann.

Er ist der Schrecken seiner Umgebung und der Telephonistinnen.

„Behebt, behebt“, ruft er verzweifelt, „immer wenn ich telephoniere, ist's befeh!“ und dabei telephoniert er den ganzen Tag.

„Liebes Amt, warum meißt du dich nicht“, stöhnt er verzagt und dann: „Zum Donnerwetter, Fräulein, seit einer halben Stunde verlange ich Sie schon (er hat vor einer halben Minute den Hörer gerade abgenommen). Sie schlafen wohl, Sie denken wohl noch an gestern!“ Seine Verbindung kommt und nun läßt er sie nicht mehr los.

Das gleichgültigste Zeug übermitteln er durch das geduldige Telephon, unglücklich ist's, was er alles zu sagen hat. In der Zwischenzeit aber müssen Teilnehmer, die wichtiges zu erledigen haben, sich damit abfinden, daß diese Leitung „befeh!“ ist.

Endlich, endlich ist er fertig. Er legt den Hörer weg, nimmt ihn jedoch sofort wieder und schimpft wie ein Kohrspatz, daß er keine Verbindung kriegt. (Im Amt ist nämlich die kleine Lampe, die die Beendigung des Gesprächs anzeigt, nicht erloschen und die Telephonistin hat ihn noch nicht getrennt.) Er wartet und wirft alsdann den Hörer wutentbrannt auf die Gabel. Nach einer Weile ergreift er ihn wieder und trommelt wie besessen auf der Gabel herum, mit dem Erfolg, daß sich das Amt nicht meldet, weil das Anruflämpchen gar nicht ausleuchtet. Endlich beruhigt er sich. Das Amt „kommt“.

„Ach so“, sagt mein Freund, „einen Augenblick, bitte, also — Herr Gott — also Norden bitte, einen Augenblick, Norden — Norden — 2007, ach nein 2070. Diese Nummer meldet sich; sie ist falsch, er hätte doch 2007 verlangen müssen und sagt zu dem Teilnehmer, den er nicht wünscht: „Wieder falsch verbunden, die verb...“ Telephonistinnen, ach was ich mich ärgern muß, die schlafen dauernd. Ich bin schon den ganzen Tag falsch verbunden worden.“

Und im Amt haben die armen Telephonistinnen Kopfschmerzen. Sie haben aber auch an allem Schult, denn die Teilnehmer sehen sie nicht, kennen nicht ihr geheimes Dasein und wissen nicht, daß sie oft an 500 Anschlüsse in der Stunde herstellten müssen. Sie haben an ihre Arbeit angestrengt zu denken.

Über der Telephontiger ist nicht zu befehen.

Er telephoniert schon wieder und schimpft ehrlich weiter.

#### Eine dunkle Tat.

Ein Mordgeräusch: alarmierte heute früh die Mordkommission nach dem Hause Sebastiansstr. 34, wo in dem Geschäftskloster der Musikgesellschaft Ariosa ein dort beschäftigter Geschäftsführer Erler in einem brennenden Raum bewußlos aufgefunden wurde. Da sich in dem benachbarten Raum Blutspuren zeigten, die nach der Stelle führten, wo Erler lag, so rechnete man mit der Möglichkeit eines Verbrechens. Die Untersuchung muß ergeben, ob Erler Selbstmord verübt und den Brand selbst angelegt hat, oder ob er das Opfer eines Verbrechens geworden ist, der, um seine Tat zu verhehlen, Feuer anzlegte.

#### Konfektion en gros.

##### Festnahme einer Räuberbande.

Der Schrecken des Konfektionsviertels war eine Einbrecherbande, die Millionenwerte erbeutete, bis sie jetzt nach langen Beobachtungen anschlüssig gemacht wurde. Die Bande bestand aus einem Fritz Buchmann, einem Adolf Kornick, der in seinem Kreise unter dem Spitznamen „der Einarmige“ bekannt ist und zwei Brüdern Behlke, die früher als Hausdiener in verschiedenen Geschäften tätig waren. Diese vier sind alle schwer vorbestraft und der Kriminalpolizei als Geschäftseinbrecher schon lange bekannt.

Die ganze Gesellschaft ging bei ihren Taten mit einer solchen Ruhe vor, daß ihnen nur schwer heizukommen war, um so mehr, als sie ihre große Beute nicht lange in Berlin befehlt, sondern sofort in Kisten nach der Provinz schaffte. Die Gebrüder Behlke wußten von ihrer früheren Tätigkeit her im Konfektionsviertel und vielen seiner Geschäfte gut Bescheid. Sie kundschafte die Gelegenheiten aus und alle vier machten sich dann an die Arbeit, die ihnen um so leichter wurde, als sie sich zu den Räumen, auf die sie es abgesehen hatten, vorher eigene Nachschlüssel anfertigen ließen. Mit diesen drangen sie schon in der Nachtmittagsstunden, sobald die Geschäfte geschlossen hatten, ganz unauffällig ein und ließen sich Zeit zum Ausschauen und Verpacken der besten Sachen, Stoffe, Seide usw.

Mit Wagen schafften die Verbrecher ihre Beute zunächst nach einem Lagerraum, den sie in einer Straße in der Nähe der Spree gemietet hatten. Hier blieben die Konfektionsstücke nur so lange, bis sie einen Abnehmer fanden. Das geschah in der Regel in ganz kurzer Zeit. Die Einbrecher packten dann die Beutestücke in Kisten und schafften sie mit Fuhrwerken oder Handwagen, die sie vor oder nach dem Einbruch gleich in der Nachbarschaft stahlen, nach dem Versandbahnhof. So ging z. B. eine große Beute, die die Bande im März v. J. bei Jossa in der Lindenstraße machte, gleich nach Frankfurt a. M., wo schon ein Abnehmer zum Kauf bereit war.

Bei einem Transport nach dem Görlitzer Bahnhof wurden die Einbrecher endlich gefaßt. Sie selbst zogen schwer an einem mit Kisten beladenen Handwagen. Die Beamten folgten ihnen heimlich, um zu sehen, wohin die Reise gehen sollte, und griffen endlich zu, als sie den Görlitzer Bahnhof erreicht hatten und dort abfuden. Die Entappten taten sehr entrüstet und wollten den Inhalt der Kisten gar nicht kennen. Die Beamten ließen sich aber nicht verblüffen. Im Polizeipräsidium erwies sich denn auch, daß alle Kisten mit gestohlenen Sachen gefüllt waren. Sie enthielten die gesamte Beute an Samt und Seide aus einem großen Einbruch bei Hagen in der Wallstraße, der erst vor wenigen Tagen verübt wurde. Auf die Rechnung dieser Bande kommen die meisten großen Einbrüche, die im ganzen Konfektionsviertel, in der Wall- und Laubenstraße, am Hausvogteiplatz usw. ausgeführt wurden.

Im Bezirk V (Friedrichshagen) nahm Bürgermeister Ritter die Amtseinführung des Bezirksbürgermeisters Rieth (M.Z.) vor, worauf dieser seinen Stellvertreter Eugen Bräuner (E.B.) einführte. Eine von den Kommunisten unternommene Protestaktion gegen die Nichtbestätigung der Bezirksstadträte verpuffte, da sie in der Versammlung keinen Widerhall fand. Auch die sozialistischen Fraktionen empfinden es als eine überlebte Beschränkung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden, daß ihre gewählten Organe der Bestätigung bedürfen; die Ausführungen der kommunistischen Redner schloßen aber so weit über das Ziel hinaus, daß kein Bedürfnis vorlag, ihnen durch Beteiligung an der Debatte eine größere Rolle zu geben.

• Bisher sind vom Bezirksamt Friedrichshagen nur die beiden Bürgermeister bestatigt. Wie auf Grund einer Unterredung des Oberbürgermeisters Böß mit einer zu ihm gefandten Deputation der Bezirksversammlung, über die in der Sitzung berichtet

wurde, hervorgeht, soll die Nichtbestätigung der besetzten Stadträte hauptsächlich dadurch verursacht sein, daß sich unter ihnen kein Jurist und kein Lechner befindet. Die Nichtbestätigung der unbesetzten Stadträte hat einen anderen Grund. Hier liegt ein Protest der bürgerlichen Fraktion vor. In der Sitzung, in der die Wahl vorgenommen wurde, mußte ein Schreiben des Magistrats verlesen werden, nach welchem die in der vorausgegangenen Sitzung erfolgte Einführung der Bezirksvorordneten Frau Wege eines Formfehlers wegen als unültig erklärt wurde. Frau Wege durfte sich deshalb nicht an der Wahl beteiligen, und in dem Protest wird behauptet, daß diese fehlende Stimme das Ergebnis zuungunsten der bürgerlichen Fraktion beeinflusst habe. Ueber diesen Protest ist eine Entscheidung noch nicht getroffen. Jedenfalls werden die Ergänzungswahlen recht bald anberaumt werden müssen, damit das Bezirksamt endlich aktionsfähig wird.

Einbrecher im Totenzimmer. In der gestrigen Nacht drangen Einbrecher in das Totenzimmer des zwei Tage vorher verstorbenen Chirurgen Achilles in Wästen bei Potsdam ein und raubten aus den Räumlichkeiten alles, was sie an Wertfachen fanden. Selbst das Zimmer, in dem der Tote aufgebahrt war, ließen sie nicht ungeplündert. Durch Bedrohung mit dem Revolver verhinderten die Einbrecher die Frau des Verstorbenen, um Hilfe zu rufen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Lebensmüde. In einem Schanklokal wurde gestern nachmittag der Kaufmann Conrad Herzog aus der Marienstr. 26 erschossen aufgefunden. Der Mann jagte sich auf dem Toilettenraum einer Schankwirtschaft in der Wallstraße eine Kugel in den Kopf und starb an den Folgen der Verletzung bereits auf dem Wege zur Rettungswache. — Mit Morphium vergiftete sich in einem Hotel in der Sontardstraße ein Kaufmann Franz Bolke. Er wurde tot im Bette liegend aufgefunden. — Ein vorsichtiger Selbstmörder war der 39 Jahre alte Arbeiter Hermann Brantowki aus der Waldemarstraße 63. Er öffnete den Gashahn und erhängte sich dann am Türhaken. Als die Wirtin durch den starken Gasgeruch aufmerksam gemacht, im Zimmer des Untermieters nachsah, fand sie diesen in dem mit Gas angefüllten Zimmer tot auf. Die Leichen der Lebensmüden wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Was sie in den Tod getrieben hat, bedarf noch näherer Feststellungen.

Flugpost zur Breslauer Messe. Zur Breslauer Messe wird vom 4. bis 10. April ein Flugpostdienst Berlin—Breslau mit täglichem Hin- und Rückflug eingerichtet. Abflug Berlin 11 Uhr, an Breslau 2 Uhr, zurück ab Breslau 12 Uhr, an Berlin 3 Uhr. Am 4. April findet nur der Flug Berlin—Breslau, am 10. April nur der Flug Breslau—Berlin statt. Der Flugdienst wird abwechselnd von der Deutschen Luft-Reederei, Berlin, der Hoch-Luftverkehr Sablatnik G. m. b. H., Berlin, und dem Kumpfer-Luft-Verkehr, Augsburg, ausgeführt.

Deutscher Reichstag. Die Reichstagskammer der Abgeordneten hat am Montag, den 4. April, das 54. Sitzungstagesprotokoll in dem Söbden-Realschulsaal, Berlin O 54, Steinstraße 21/24, mit der allgemeinen Lage der Kriegssache und mit den Regimentergebnissen. Die Sitzung beginnt abends 7 Uhr.

Bahnfahrt. Berlin Arbeiterjugend. Sonntag nachmittag 4 Uhr Zusammenkunft beim Gen. Döring, Esterstraße 15.

## Gewerkschaftsbewegung

### Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Der Streik der englischen Bergleute hat sich zu einem der größten Kämpfe, die bisher in der internationalen Arbeiterbewegung geführt wurden, gestaltet. In allen Bergwerken Englands ruht die Arbeit nach den vorliegenden Meldungen so gut wie vollständig. Nur eine Anzahl von Pump- und Maschinenarbeitern sind an der Arbeit geblieben, um das Erlaufen der Gruben zu verhindern. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa eine Million. Wie die englischen Blätter schreiben, soll die Regierung endgültig beschloßen haben, in den Streit zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten nicht einzugreifen. Sollte der Ausstand fortdauern, so werden zunächst starke Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs und der öffentlichen Lichtversorgung eintreten. Um Kohlen zu sparen, wird vom 6. April ab der Eisenbahndienst um ein Viertel eingeschränkt.

Da die Gründe für die Verkündung des Rotstandes dem Parlament innerhalb 5 Tagen mitgeteilt werden müssen, ist das Oberhaus, das bis zum 12. April verlagert worden war, zusammen mit dem Unterhause zum 4. April einberufen worden.

Die Delegierten der Eisenbahn- und Transportarbeiter haben beschloßen, auf Anfang nächster Woche eine Konferenz der Delegierten der britischen Föderationen einzuberufen, um über ihre Haltung Beschlüsse zu fassen. Ein Delegierter der Transportarbeiter erklärte: Wir sind der Ansicht, daß die Konferenz nicht nur die Föderationen der Bergleute angeht, sondern daß wir auch die ganze Lage als sehr ernst auffassen müssen und daß wir die Ansichten unserer verschiedenen Sektionen kennen lernen müssen, um eine bestimmte Haltung vorzuschlagen. Aus diesem Grunde haben wir uns entschloßen, eine Konferenz für nächsten Dienstag einzuberufen. — C. A. P., Sekretär der Nationalen Union der Eisenbahnarbeiter, gab folgende Erklärung ab: „Das Erpöck, das uns von Seiten der Bergleute gemacht ist, hat einen starken Eindruck auf uns gemacht. Die gegenwärtige Krise scheint uns das Präliminar zu einer Politik zu sein, welche darauf hinzielt, die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verhindern. Deshalb haben wir beschloßen, daß alle unsere Sektionen auf dem laufenden gehalten werden. Zu diesem Zwecke rufen wir die Delegierten für den nächsten Mittwoch zu einer Konferenz zusammen. An diesem Tage werden wir definitiv die Maßnahmen bestimmen, die wir zur Verteidigung unserer Interessen für notwendig halten. Beide Beschlüsse wurden zur Kenntnis des Exekutivkomitees der Bergleute gebracht.“

London, 2. April. Wie die Blätter melden, sind bereits einige Bergwerkschächte überflutet und zahlreiche andere stehen in Gefahr. „Daily Chronicle“ schreibt: Einige Minister seien der Ansicht, daß England vor einer der ernstesten Katastrophen seiner Geschichte seit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 stehe.

Allgemeinverbindlicher Tarifvertrag im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, ist durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums der Reichstagsvertrag für das deutsche Bankgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt worden. Von der allgemeinen Verbindlichkeit werden erfaßt: 1. das gesamte Kreditbankgewerbe (Kreditbanken, Kommanditgesellschaften, Privatbankgeschäfte), 2. die Kreditstellungen der Hypothekendarlehen, 3. die Kreditgenossenschaften mit mehr als 10 Angestellten. Die reinen Hypothekendarlehen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften bleiben weiter von der allgemeinen Verbindlichkeit ausgeschlossen.

